

Wir vergleichen die Vorstellungen Angela Merkels und Sahra Wagenknechts zur Verhinderung weiterer Terroranschläge in der Bundesrepublik Deutschland und ergänzen sie mit friedenspolitischen Forderungen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 102/16 – 31.07.16

Wie Angela Merkel und Sahra Wagenknecht weitere Terroranschläge in der Bundesrepublik verhindern wollen – mit ergänzenden friedenspolitischen Forderungen

Die kürzeste Zusammenfassung der am 28.07.16 vor der Bundespressekonferenz gemachten Ausführungen der Bundeskanzlerin haben wir auf der Website der Zeitung DIE WELT gefunden und nachfolgend abgedruckt:

Das ist Merkels Neun-Punkte-Plan zur Terrorbekämpfung

(<http://www.welt.de/politik/deutschland/article157361576/Das-ist-Merkels-Neun-Punkte-Plan-zur-Terrorbekaempfung.html>)

Merkel will Konsequenzen aus den jüngsten Anschlägen in Deutschland ziehen. So will die Kanzlerin die Hürden für die Abschiebung von Asylbewerbern senken. Zudem kündigte sie ein "Frühwarnsystem" an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat als Reaktion auf die jüngsten Anschläge in Deutschland einen Neun-Punkte-Plan für mehr Sicherheit präsentiert.

1. Frühwarnsystem beim Asylverfahren

Zu Merkels Konzept gehört ein "besseres Frühwarnsystem", das Behörden ein Tätigwerden auch ermöglichen, wenn bei Asylverfahren Hinweise auf eine Radikalisierung erkennbar würden.

2. Mehr Polizisten

Die Polizei soll durch personelle und technische Maßnahmen gestärkt werden.

3. Stelle zur Entschlüsselung der Netzkommunikation

Die bereits beschlossene zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich zur Entschlüsselung der Internetkommunikation sollte schnellstmöglich aufgebaut werden.

4. Hilfe der Bundeswehr

Vorbereitungen für Bundeswehreinätze im Inneren bei großen Terroranschlägen. Dazu zählen gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei. Am Abend des Amoklaufs von München waren bereits 100 Feldjäger und Sanitäter der Bundeswehr in Bereitschaft versetzt worden.

5. Forschung und Prävention

Alle bestehenden Forschungsvorhaben zum islamistischen Terror und zur Radikalisierung von Menschen müssten fortgesetzt und gegebenenfalls erweitert werden.

6. Mehr Datenfluss in Europa

Auf europäischer Ebene sollten alle bestehenden Dateien schnellstmöglich vernetzt werden.

7. Online-Waffenkauf unterbinden

Das neue europäische Waffenrecht müsse schnellstmöglich verabschiedet werden. Auf nationaler Ebene werde rasch der Handel oder Kauf von Waffen online nicht mehr möglich sein. Der Amokläufer von München hatte sich seine Waffe im Darknet, einem abgeschot-teten Teil des Internets, besorgt.

8. Stärkere Kooperation der Geheimdienste

Die Kooperation mit befreundeten Diensten soll verstärkt und Aufklärung beschleunigt werden. So könne das Kommunikationsverhalten der Täter besser analysiert werden. Darüber habe sie mit US-Präsident Barack Obama gesprochen: "Wir haben es mit einer großen Bewährungsprobe zu tun."

9. Mehr Abschiebungen

Die Hürden für die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern sollen gesenkt werden. Dabei sei zwar schon "einiges erreicht" worden, so Merkel. "Wir sind aber nicht so vor-angekommen, wie das gewünscht wird." Zum Beispiel müsse weiter mit Afghanistan zu-sammengearbeitet werden, um innerstaatliche Fluchtalternativen zu finden und auch Rückführungen möglich zu machen.

Kanzlerin Merkel hat keinen einzigen neuen Vorschlag gemacht. Sie will – wie bisher auch schon – durch schärfere Überwachung, engere Zusammenarbeit der Geheimdienste, mehr Polizisten und schnellere Abschiebungen die wachsende Gefahr von Terroranschlä- gen bannen. Mit diesen untauglichen Mitteln hat man das bisher nicht nur in der Bundes- republik, sondern auch schon in Frankreich und Belgien versucht, ist aber kläglich ge- scheitert. Sahra Wagenknecht, eine der Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE, hat in einer Pressemitteilung Frau Merkel zu Recht vorgeworfen, dass sie "die wichtigsten Fragen ausklammert" und eigene Vorschläge gemacht. Nachfolgend veröffentlichen wir ihre ganze Pressemitteilung:

Mehr Sicherheit durch eine friedliche Außenpolitik und die Wie- derherstellung der sozialen Infrastruktur

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht vom 28.07.2016

(<http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2404.mehr-sicherheit-durch-eine-friedli- che-au%C3%9Fenpolitik-und-die-wiederherstellung-der-sozialen-infrastruktur.html>)

„Merkels Neun-Punkte-Plan für mehr Sicherheit klammert die wichtigsten Fragen aus. Wer wirklich für mehr Sicherheit sorgen will, muss aufhören, sich an Öl- und Gaskriegen im Na- hen und Mittleren Osten mit unzähligen zivilen Opfern zu beteiligen, muss die logistische Unterstützung der US-Drohnenmorde einstellen und Waffenexporte in Krisengebiete sofort stoppen. Auch die Unterstützung von Diktatoren wie Erdogan, dessen Verfolgung viele Oppositionelle und kritische Journalisten zum Verlassen ihrer Heimat zwingen wird, darf nicht fortgesetzt werden. Wer die Zahl der Flüchtlinge wirklich verringern will, muss auch aufhören, armen Ländern Freihandelsabkommen aufzuzwingen, die ihre lokale Landwirt- schaft vernichten und ihnen jede Chance auf eine Industrialisierung nehmen. Außerdem muss die soziale Integration in Deutschland durch die Schaffung von Wohnraum und Ar- beitsplätzen vorangetrieben werden. Leider macht die Kanzlerin von all dem das Gegen- teil: Sie verweigert den Kommunen das nötige Geld für die Integration, lässt die deutschen Rüstungsexporte von Jahr zu Jahr neue Rekorde erreichen und hält an den Kriegseinsät- zen der Bundeswehr fest. Mit der Feststellung, in der Türkei sei das Prinzip der 'Verhält- nismäßigkeit' nicht immer gewahrt, verharmlost Merkel Erdogans Gegenputsch in völlig in- akzeptabler Weise“, kommentiert Sahra Wagenknecht den Auftritt von Bundeskanzlerin Merkel auf der Bundespressekonferenz. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Frau Merkel hat es bislang nicht geschafft, die Herausforderungen zu meistern und Sorge für eine soziale Integrationspolitik zu tragen. Hier braucht es eine grundlegende Wende, sonst wird die Integration der Flüchtlinge scheitern. Deutschland braucht eine Wiederherstellung der sozialen Infrastruktur und eine Politik, die genug Wohnungen, Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle schafft. Statt öffentliche Dienste und Infrastrukturen weiter kaputtzusparen, müssen auch mehr Sozialarbeiter und Psychologen eingestellt werden, die sich um Flüchtlinge kümmern, die in ihren Heimatländern Furchtbares erlebt haben. Nur dann kann Integrationspolitik auch Prävention im Hinblick auf Sicherheit leisten.“

Wir stimmen jeder einzelnen Forderung Sahara Wagenknechts zu, und hoffen, dass ihre opportunistischen Kritiker aus den eigenen Reihen, die überwiegend aus den neuen Bundesländern kommen (s. <https://sahraesreicht.wordpress.com/> und http://www.focus.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-nach-kritik-wegen-fluechtlingsaussage-so-verteidigt-sich-die-linke-politikerin_id_5775469.html), von der Parteiführung zur Rede gestellt und zur Einsicht gebracht werden.

Nachfolgend möchte wir neun ergänzende friedenspolitische Vorschläge machen, mit deren Umsetzung sich weitere Terroranschläge in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich verhindern ließen:

Die Bundesrepublik Deutschland muss umgehend jede Beteiligung an dem von neokonservativen US-Regierungen inszenierten und fortlaufend geschürten "Krieg gegen den Terror" aufgeben

- 1. Einstellung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr*
- 2. Ausfuhrstopp für sämtliche in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Waffen*
- 3. Sofortiges Verbot aller von ausländischen Basen in der Bundesrepublik ausgehenden völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffshandlungen, z. B. der Steuerung der US-Kampfdrohnen via Ramstein*
- 4. Antrag der deutschen Bundesregierung an die Regierungen der anderen NATO-Staaten, die in Art. 12 des Nordatlantikvertrages vorgesehene Überprüfung dieses Vertrages im Hinblick auf aktuelle Fehlentwicklungen vorzunehmen*
- 5. Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland – des so genannten Stationierungsvertrages*
- 6. Verwendung der bisher von ausländischen Truppen genutzten, dann freiwerdenden Wohnanlagen, Truppenunterkünfte und zivil nutzbaren Einrichtungen für die menschenwürdige Unterbringung, Betreuung, Weiterbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen*
- 7. Aufnahme von Verhandlungen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge über sinnvolle Hilfen beim Wiederaufbau und die Wiedereingliederung rückkehrwilliger Flüchtlinge*
- 8. Unterstützung aller internationalen Bemühungen zur Beendigung von Kampfhandlungen und zur friedlichen Beilegung von Konflikten*
- 9. Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO*

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern